

SPD befürchtet Kahlschlag bei der Arbeitslosen-Beratung

WE Im Westen, 23.07.2008, DerWesten , 22 Kommentare , [Trackback-URL](#)



Düsseldorf. Die SPD im Landtag kritisiert die Pläne von NRW-Arbeitsminister Laumann, EU-Gelder für die Arbeitslosen-Beratungsstellen ab Oktober zu streichen.

Die SPD-Landtagsfraktion kritisiert die Pläne von Nordrhein-Westfalens Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU), die Finanzierung der Beratungsstellen für Arbeitslose einzustellen. Laumann wolle die Förderung aus EU-Mitteln zum 1. Oktober komplett streichen, sagte SPD-Fraktionsvize Rainer Schmeltzer am Mittwoch in Düsseldorf. Bislang hätten die 65 Beratungsstellen und 75 Arbeitslosenzentren pro Jahr 4,6 Millionen Euro erhalten. Ohne dieses Geld müssten die meisten Beratungsstellen schließen. Die CDU verteidigte die Pläne ihres Ministers.

Erste Mitarbeiter bereits gekündigt

Die Kommunen seien nicht in der Lage, die Einrichtungen allein zu fördern. Auch andere Geldgeber seien nur ganz vereinzelt zu finden. Dies habe eine Umfrage der SPD bei den Einrichtungen ergeben. Bei zahlreichen Beratungsstellen stehe die Schließung bereits fest. In Dortmund hätten die Mitarbeiter schon die Kündigung erhalten. Die Entscheidung von Laumann führe zu einem sozialen Kahlschlag, kritisierte Schmeltzer. Für die Streichung des Geldes gebe es keine finanziellen Gründe, da es komplett aus Brüssel komme.

Jede Einrichtung betreue pro Jahr bis zu 3000 Menschen, vor allem Langzeitarbeitslose, sagte der SPD-Sozialexperte. Sie erhielten dort Hilfe beim Ausfüllen der Anträge für das Arbeitslosengeld II und überprüften die Bescheide, die oft fehlerhaft seien. Die Beratungsstellen könnten den Hilfesuchenden häufig ohne Prozesse zu ihrem Geld verhelfen und ersparten so den Sozialgerichten viel Arbeit und damit dem Land viel Geld. Auch bei psychischen und familiären Problemen sorgten die Beratungsstellen für eine vorbildliche Betreuung. Diese sinnvolle Arbeit sei durch die Handstreichpolitik des Arbeitsministers massiv gefährdet.

CDU: Arbeitsgemeinschaften zuständig

Die CDU-Fraktion verwies dagegen auf die Zuständigkeit der Arbeitsgemeinschaften (Argen) von Kommunen und Arbeitsagenturen für die Langzeitarbeitslosen. Deshalb könne es nicht die Aufgabe eines Bundeslandes sein, Arbeitslosenzentren zu fördern, die Bescheiden der staatlichen Argen widersprechen, sagte ihr arbeits- und sozialpolitischer Sprecher Norbert Post. «Wer das fordert, redet damit staatlich geförderten Widersprüchen gegen staatlich erteilte Bescheide das Wort.» Außerdem seien in den meisten Flächenländern der Bundesrepublik diese Förderangebote eingestellt worden. (dpa)